

FILZMAIER AM MONTAG

PETER FILZMAIER
über die Forderung nach
mehr Direktdemokratie



Und statt oder

In Wien und Graz sind Volksbefragungen ein Top-Thema. Von der Park- bis zur Umweltzone. Das ist gut. Bürger und Medien wollen mehr Direktdemokratie. Wir haben da ein Defizit, weil die Mitsprache des jahrelang von den Nationalsozialisten indoktrinierten Volkes 1945 eine schlechte Idee gewesen wäre. Heute ist das anders.

Gleichzeitig mehren sich die Sorgen, dass durch Abstimmungen & Co das in der Realpolitik ohnehin auf verfassungswidrige Art grausam geschwächte Parlament – siehe den Klubzwang wider das freie Mandat – weiter an Bedeutung verliert. Der Ressourcenmangel der Abgeordneten ist genauso wenig zeitgemäß. Dazu zählen ein Minimalbudget für Mitarbeiter plus Parteiabhängigkeit als Folge und das im

Gegensatz zu Ministerien peinliche Fehlen eines legislativen Dienstes, um Gesetze rechtlich präzise zu erarbeiten.

„Doch warum werden direkte Demokratie und Parlamentarismus als Gegensatz verstanden? Es geht nicht um Entweder-oder. Niemand glaubt an die Machbarkeit der Agora des griechischen Marktplatzes, wo jeder mit jedem jedes Politthema diskutiert, um nachher alles abzustimmen. Wobei die Antike als Idealbeispiel frivol ist, weil Frauen und Sklaven nicht mitreden konnten.“

Doch warum werden direkte Demokratie und Parlamentarismus als Gegensatz verstanden? Es geht nicht um Entweder-oder. Niemand glaubt an die Machbarkeit der Agora des griechischen Marktplatzes, wo jeder mit jedem jedes Politthema diskutiert, um nachher alles abzustimmen. Wobei die Antike als Idealbeispiel frivol ist, weil Frauen und Sklaven nicht mitreden konnten.

Die Volksgesetzgebung – ein Gesetzesprozess durch Volksbegehren und daraus resultierend verbindliche Abstimmungen – sollte sich auf ausgewählte Bereiche beziehen. Viele andere Gesetze könnten dem Nationalrat vorbehalten werden, oder sind als internationale (Grund-)Rechte und Abkommen sakrosankt. Der Rechtswissenschaftler Heinz Mayer wirft hier richtig ein, dass die Liste der Ausnahmen lang wäre, wo das Volk keine Gesetze machen kann. Ein Totalverzicht ist trotzdem nicht schlüssig. Es geht um mehr Direktdemokratie und (!) die parlamentarische Gesetzgebung, nicht um das Wort „oder“. Das gilt gleichfalls für Stimmzettel und E-Voting. Verzichtet man auf elektronische Demokratie, wird eine Chance zur Einbindung junger Generationen in die Politik ausgelassen. Wer nur neue Technologien will, diskriminiert ältere Bevölkerungsgruppen. Daher soll es beides geben. Ebenso wenig müssen Volksabstimmungen auf immer und ewig in Ja/Nein-Fragen münden. Das mag in Einzelfällen wie 1978 beim Atomkraftwerk Zwentendorf Sinn machen. Als Kompromiss halbherzig atomaren Strom zu produzieren, das wäre wie nur ein bisschen schwanger sein.

Doch bereits 1994 in der Volksabstimmung für oder gegen einen EU-Beitritt Österreichs waren auch Drittvarianten eines neuen Assoziationsvertrags denkmöglich. Diese Option ist wichtig, weil es Gegner eines Gesetzes zu konstruktiven Gegenvorschlägen anstatt populistischer Nein-Propaganda zwingt. Daher müsste es bei der Demokratiereform häufiger „und“ statt „oder“ heißen.

Peter Filzmaier lehrt Politikwissenschaft an den Universitäten Graz und Krens

SO DENKEN SIE DARÜBER

Den Fischern wird viel verschwiegen

Offener Brief an den Fischereireferenten: Dessen „Autonomiemodell“ sei ein „Drüberfahren“.

„Weiter Zwigigkeit unter den Kärntner Fischern“, 17. 7.

Sehr geehrter Herr Landesfischereireferent Uwe Scheuch! Wieso erklären Sie der interessierten Öffentlichkeit nicht, dass Kärntens Fischer mit dem von Ihnen vorgeschlagenen Modell für die weitere Zukunft in keinem Gremium (weder auf Bezirksebene noch auf Landesebene) mitentscheiden können, weil sie überall in der Minderheit sind? Warum sagen Sie ihnen nicht, dass sie daher über die Verwendung ihrer Fischereiabgaben (circa 500.000 Euro im Jahr) in keiner Weise mitbestimmen können? Warum verschweigen Sie, dass die einfachen Fischer und Fischerinnen zwar Pflichtmitglieder Ihres Autonomiemodells sein werden, aber ihre Vertreter nicht selbst demokratisch wählen können?

Warum verschweigen oder ignorieren Sie den Umstand, dass bei der Kärntner Jägerschaft sehr wohl das demokratische Wahlprinzip gilt, nicht aber in Ihrem Autonomiemodell für die Kärnt-

ner Fischerei (vordefinierte Mehrheiten auf Bezirks- und Landesebene für die Vertreter der Fischereiberechtigten)? Wollten Sie denn nicht ein Fischerei-Autonomiemodell nach dem Vorbild der Kärntner Jägerschaft schaffen, wie im Regierungsprogramm erwähnt? So ein Modell für die Fischerei funktioniert etwa im Bundesland Salzburg bereits seit zehn Jahren hervorragend!

Dass Sie mit Ihrem „neuen“ Autonomiemodell die einfachen Kärntner Fischer und Fischerinnen aus dem gemeinsamen zukünftigen Haus aussperren wollen, gefällt mir und vielen Petrijüngern und Petrijüngerinnen des Südens gar nicht. Sie wollen an keinem einzigen Fischereirecht rütteln, sie wollen nur mitentscheiden, was mit ihrem Geld passieren soll. Drüberfahren kann man schon. Aber dann ist alles platt gedrückt. Wollen Sie das wirklich?

Prof. Mag. Eduard Blatnik, Landesobmann der Kärntner Fischereivereinigung

LIEBE IST ...



... sich immer geschätzt zu fühlen.

© TMSI/DISTR. BULLS

Positive Stimmung in London

Gerade von einem längeren Aufenthalt in London zurück, kann ich nur berichten, wie positiv die Stimmung dort vor Olympia ist und alle freuen sich auf die nächsten Wochen, trotz angekündigter massiver Einschränkungen auf den Straßen und im U-Bahn-Netz. Wenn ich an unsere Fußball-EM zurückdenke, als nur negative Stimmung gemacht wurde (es wird Einbrüche, Autenschäden, Vergewaltigungen etc. geben), kann ich den Engländern zu ihrem PR-Team nur gratulieren. Elisabeth Riedl, Klagenfurt